

NZZ am Sonntag

USA

Joe Biden macht das Richtige auf die falsche Weise

Frankreich schäumt vor Wut. Schliesslich ging es der Grande Nation beim U-Boot-Vertrag mit Australien über 40 Milliarden US-Dollar nicht nur ums Geschäft. Frankreich wollte so auch seine militärische Präsenz im Indopazifik ausbauen. Daraus wird nichts, die Australier haben sich für einen Sicherheitspakt mit Washington und London entschieden. Auch das ist nachvollziehbar. Die Australier werden von China unter Druck gesetzt, seit sie es gewagt haben, eine internationale Untersuchung über die Ursprünge der Corona-Pandemie zu fordern. Dem kann Canberra nicht allein entgegentreten. Und Amerika sieht in China seinen grossen Kontrahenten, dem man mit Partnern Paroli bieten muss. Frankreich hingegen zeigt sich China gegenüber ambivalenter. Trotz diesen strategisch richtigen Überlegungen hätte Washington mehr diplomatisches Feingefühl zeigen müssen. Frankreich so auszubooten und es erst im letzten Moment zu informieren, war falsch. Immerhin ist Frankreich ein traditioneller Alliiertes und wichtiger Partner in der Nato, dem bisher wichtigsten Militärbündnis Amerikas. Als US-Präsident Joe Biden an die Macht kam, versprach er, die von seinem Vorgänger Donald Trump vernachlässigten Allianzen wieder zu konsolidieren, vor allem die transatlantische Partnerschaft. So gelingt das sicher nicht. *Gordana Mijuk*

Soziale Netzwerke

Die verheimlichten Risiken für Instagram-Nutzerinnen

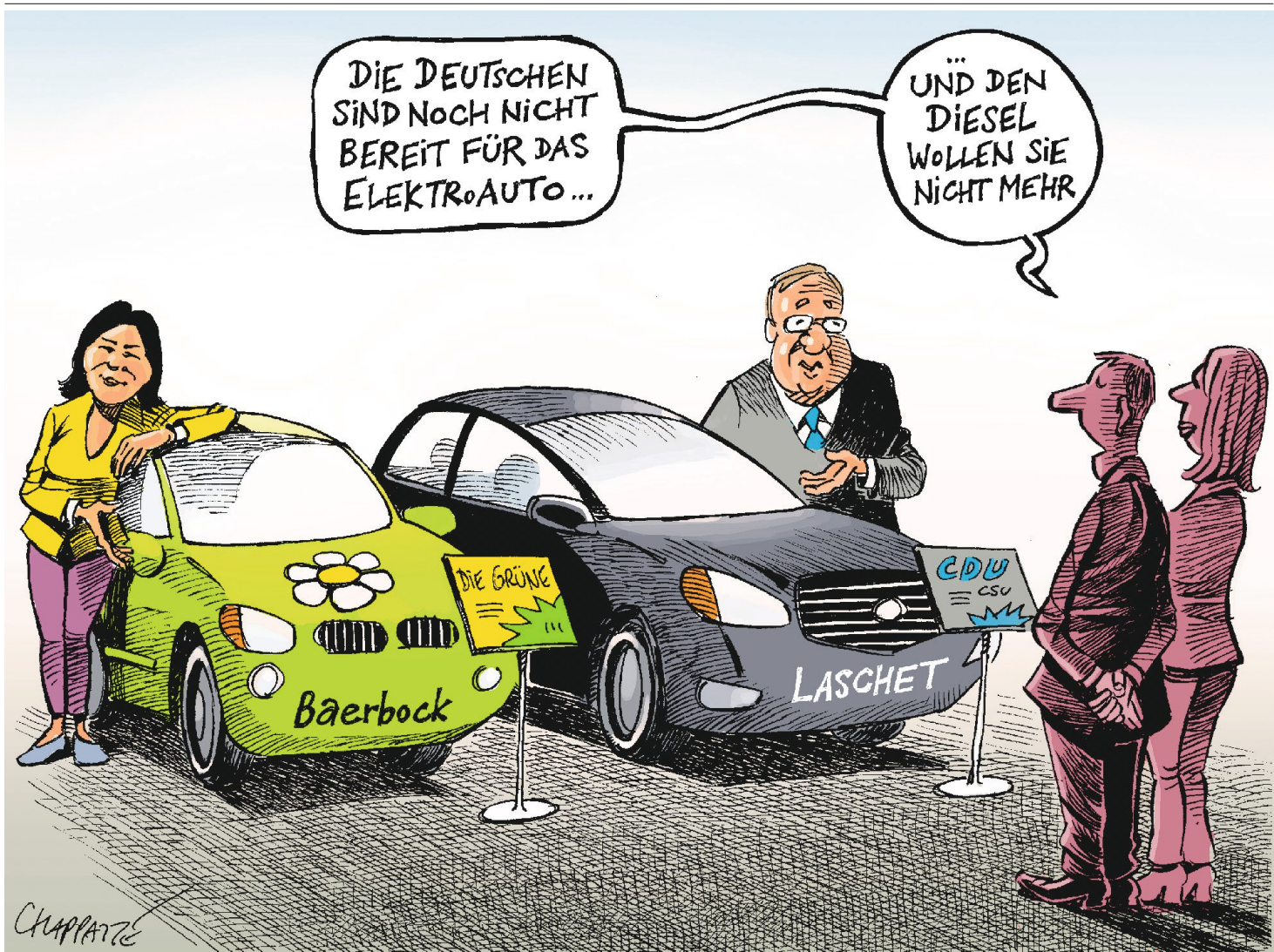
Das «Wall Street Journal» (WSJ) hat diese Woche eine Serie bemerkenswerter Artikel publiziert. Offenbar ist die konservative Zeitung im Besitz von zahlreichen internen Dokumenten aus dem Hause Facebook. Der Tech-Konzern soll laut «WSJ» detailliert untersucht haben, welche Auswirkungen seine Social-Media-Plattform Instagram auf die Gesundheit der zumeist jungen Nutzer hat. Das Resultat: Der ständige Vergleich mit anderen führt bei Teenagern, vor allem den Mädchen, oft zu erheblichen Selbstwahrnehmungsproblemen inklusive Depressionen und Essstörungen. Es gibt einige Dinge, die Eltern möglichst von ihren Kindern fernhalten: Alkohol, Zigaretten, zuckerhaltige Getränke, Junkfood oder Pornografie. Die meisten Familien finden einen Umgang mit diesen schädlichen Einflüssen – auch weil die Risiken allgemein bekannt sind. Und kaum jemand verurteilt die Firmen, die hinter solchen Angeboten stehen. Schliesslich haben wir Wirtschaftsfreiheit, und wir sollten unsere Kinder ja zur Selbstverantwortung erziehen. Anders liegt der Fall, wenn ein Unternehmen wie jetzt Facebook das destruktive Potenzial seiner Dienste erforscht, dann aber verheimlicht. Eine solche Firma handelt zutiefst verwerflich. *Markus Städeli*

Impfen

Sportklubs in der Pflicht

Nur je ein einziger Eishockey- und Fussballklub in den höchsten Profiligen meldet eine Impfquote von hundert Prozent. Alle anderen haben ungeimpfte Angestellte; im Durchschnitt ist es rund ein Viertel. Das ist erstaunlich. Erstaunlich, weil für Profisportler der Körper ihr Kapital ist. Ohne Impfung ist dieses Kapital erhöhtem Risiko ausgesetzt. Wer sich dem persönlichen Risiko aussetzt, setzt auch das Team und den ganzen Klub unnötigen Risiken aus. Auch für Profisportler darf es keinen Impfwang geben. Aber es gibt eine Verpflichtung der Klubs zur nachdrücklichen Aufklärung. Ein Viertel Ungeimpfte zeigt, dass da noch viel Arbeit ansteht. YB und der EV Zug haben bewiesen, dass eine hundertprozentige Impfquote möglich ist. *Stephan Ramming*

Chappatte



Der externe Standpunkt

Ist die Umverteilung von Arbeitern zu Akademikern gerecht?

Geisteswissenschaftler verdienen weniger als Nichtakademiker und profitieren darum von deren Steuern und AHV-Beiträgen. Das hilft weder der Forschung noch der Solidarität, **meint Andrea Franc**

Morgen Montag beginnt an den Schweizer Universitäten ein neues Studienjahr. Wie jedes Jahr werden die Geistes- und Sozialwissenschaften den mit Abstand grössten Anteil an Studienanfängern aufweisen. Insgesamt ein Drittel aller Studierenden an den Schweizer Universitäten belegen entweder Geistes- oder Sozialwissenschaften, derzeit sind das 47 000 Studierende – über zwei Drittel von ihnen sind Frauen. Von 1980 bis 2012 ist die Zahl der Absolventen der Geistes- und Sozialwissenschaften in der Schweiz um 190 Prozent angestiegen. Mittlerweile drängen ganze Fussballstadien voll Historikerinnen, Philosophen und Psychologinnen vom universitären Elfenbeinturm auf den realen Arbeitsmarkt.

Genau dieser reale Arbeitsmarkt für Akademiker spielt derzeit in einigen politischen Geschäften – von der Reform der zweiten Säule bis hin zur Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität – eine zentrale Rolle. Da ist es durchaus angebracht, einen genauen Blick darauf zu werfen.

Beginnen wir doch mit der Tatsache, dass an der Universität ausgebildete Psychologinnen bedeutend weniger verdienen als jene mit Fachhochschultitel. Wobei zwei Drittel aller Psychologen nur Teilzeit arbeiten. Unter Absolventen der Geisteswissenschaften ist Teilzeitarbeit und Erwerbsverzicht sogar in einem solchen Ausmass üblich, dass das tatsächliche Durchschnittseinkommen von Historikerinnen oder Philosophen 3750 Franken im Monat beträgt. Im Jahr 2017 noch etwas höher angesetzt, musste die Schweizerische Berufsberatung nach den Resultaten der Absolventenbefragung des Bundesamts für Statistik 2019 das Einkommen abermals nach unten korrigieren. Damit erzielen und versteuern Philosophen oder Historikerinnen weniger Einkommen als etwa in Vollzeit arbeitende Pflegehelferinnen (4102 Franken), Polymechaniker (5090 Franken) oder Tramchauffeure in Zürich, die bereits ab Stellenantritt einen Monatslohn

von 5221 Franken erhalten. Würde man darüber hinaus noch die Löhne der Sekundarlehrer ausklammern, säne das tatsächliche Durchschnittseinkommen der Geisteswissenschaftler – und somit deren Beitrag an das Steuersubstrat und die Sozialversicherungen – nochmals dramatisch.

Geisteswissenschaftler werden nicht öfters als andere Akademiker arbeitslos. Sie arbeiten einfach wenig oder gar nicht. Im Fachjargon des Bundesamts für Statistik wird dies als «überqualifiziert unterbeschäftigt» oder «Erwerbsverzicht» bezeichnet. In Beispielen übersetzt bedeutet dies, dass etwa eine promovierte Germanistin einige Stunden Deutsch für Ausländer gibt, eine Kunsthistorikerin im Museum das Telefon abnimmt oder ein Philosoph sein Erbe vorbezieht, um sich einem Kulturprojekt zu widmen.

Würden Philosophen, Soziologinnen oder Kunsthistoriker einfach etwas weniger verdienen als Anwälte, Ärzte oder Ingenieure, wäre das kaum ein Thema. Doch mittlerweile

findet die Umverteilung via Steuern und Sozialversicherungsbeiträge von den Arbeitern zu den Akademikern statt. Geht der Trend in der Berufsbildung so weiter, werden Jahr für Jahr mehrere tausend weitere Akademiker tiefere Einkommen erzielen als Pflegehelfer, Elektromonteur oder KV-Angestellte und entsprechend weniger Steuern und Vorsorgebeiträge zahlen. Kommt dazu: Tausende Akademiker beziehen Subventionen für Krankenkassenprämien oder Krippenplätze ihrer Kinder. Zudem studieren Geisteswissenschaftler im Vergleich mit Absolventen anderer Studienfächer nicht nur länger, sondern promovieren auch öfter. Im Fach Philosophie verschieben ein Drittel der Absolventen den Eintritt in den Arbeitsmarkt, indem sie eine Doktorarbeit anhängen. Mit einem späten Eintritt in den Arbeitsmarkt verkürzt sich die Lebensarbeitszeit und damit nicht nur der Steuerbeitrag, sondern auch der Beitrag an die AHV und eine allfällige Pensionskasse.

Zum Vergleich: In den Wirtschaftswissenschaften promovieren nur wenige Prozent der Absolventen. Dafür steigen Ökonomen Mitte zwanzig mit einer Vollzeitstelle und einem Anfangslohn von durchschnittlich 7000 Franken im Monat in den Arbeitsmarkt ein. Sie liegen damit allerdings immer noch hinter den Ärztinnen, die nach einem etwas längeren Studium 7500 Franken monatlich erhalten. Sowohl Ökonomen wie Ärztinnen können zudem mit bedeutenden Lohnanstiegen rechnen, die die längere akademische Ausbildung finanziell wieder wettmachen. Geisteswissenschaftler hingegen sind als gesellschaftliche Gruppe darauf angewiesen, dass andere Leute Steuern und AHV-Beiträge zahlen; darunter nicht nur andere Akademiker, sondern auch die Arbeiterklasse. Mehr Sorgfalt und Exzellenz für leistungsbereite Studierende statt anspruchsloser Fliessbandlehre für die Massen dürften sowohl dem Forschungsstandort Schweiz wie auch unserer solidarischen Gesellschaftsordnung zugute kommen.

Andrea Franc



Andrea Franc, 44, ist Wirtschaftshistorikerin an der Universität Basel. Sie beschäftigt sich mit Nord-Süd-Handel und ökonomischer Ideengeschichte. Dieses Jahr erschien ihre Wirtschaftsgeschichte der Schweiz («Im Austausch mit der Welt»). Der vorliegende Artikel wurde im März in einer kürzeren Fassung im «Schweizer Monat» publiziert.